

Schlagen wir also nicht die Hand derjenigen aus, die uns um Hilfe ersuchen, sondern zeigen wir ihnen, dass in Europa gemeinsam viel möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Kollege Rieger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Rieger, bitte schön.

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Siekmann, ich habe zwei kurze Fragen. Sie fordern in Ihrem Antrag eine Billion Euro für einen Wiederaufbaufonds, zum Teil nicht durch Schulden finanziert, sondern auch durch Transferleistungen, darüber hinaus milliardenschwere Zuschüsse zum EU-Haushalt, der um Milliarden Euro aufgestockt werden soll. Hierzu zwei Fragen: Wie wollen Sie das wirklich finanzieren, und wie wollen Sie das dem fleißigen deutschen Steuerzahler, der vielleicht sogar in Kurzarbeit ist, erklären in Zeiten rückläufiger Konjunktur und rückläufiger Steuereinnahmen?

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Rieger, ich finde das toll. Den ganzen Tag hat heute noch niemand die Frage gestellt, wie wir etwas eigentlich finanzieren wollen, bis genau jetzt, als es um die Europäische Union geht. Das ist beim Haushalt und bei den Nachtragshaushalten kein Thema gewesen.

(Zuruf)

– Hören Sie mir bitte zu! – Die Schulden und die Belastungen, die jetzt bei den Unternehmen in Italien und in Deutschland anfallen, werden so oder so anfallen. Das passiert durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus.

Die Lösung ist, die Schulden dahin zu bringen, wo sie den geringsten volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Das ist auch die Haltung der meisten Ökonominen und Ökonomen in dieser Frage. Eine Möglichkeit besteht darin, dass sich die Europäische Union stärker engagiert. Warum soll sie das nicht mit EU-Programmen und Zuschüssen tun, um die Schuldentragfähigkeit dieser Staaten nicht zu überlasten und gleichzeitig – darum geht es bei EU-Programmen – nicht per Freibrief, sondern bedarfsorientiert investieren zu können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die volkswirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden in dunklen Szenarien skizziert. Die internationale Finanzkrise 2008/2010 wird womöglich ein laues Lüftchen im geschichtlichen Vergleich mit dem Orkan, der auf uns zukommt, sein.

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für dieses Jahr die schlimmste Rezession seit neunzig Jahren, seit der großen Depression in den 1930er-Jahren. Die Weltwirtschaftsleistung soll um 3 % schrumpfen, die amerikanische um 6 %, die der Eurozone um 7,5 %, die deutsche um 7 %, die spanische um 8 %, die italienische um 9 %.

Unsere Sorge ist, dass aus der Gesundheitskrise nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern auch eine Banken- und Finanzkrise und aus der Banken- und Finanzkrise eine Demokratiekrise wird. Wir sehen beispielsweise schon in Polen oder in Ungarn die Nationalisten in den Startlöchern sitzen, um Demokratie weiter zu minimieren.

Vier Punkte sind mir in zwei Minuten, die mir noch bleiben, wichtig zu skizzieren:

Erstens. Es braucht zur Abmilderung der volkswirtschaftlichen Folgen alle – ich betone: alle – erforderlichen Politikinstrumente, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten, die globale Wirtschaftstätigkeit wiederherzustellen, die Stabilität der Märkte aufrechtzuerhalten und die Resilienz zu stärken.

Zweitens. Die Maßnahmen reichen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Die berühmte Bazooka unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz reicht aus, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Spekulation auf den Ruin europäischer Volkswirtschaften, auf Italien oder Spanien stattfindet. Die Renditen der Staatsanleihen sind einigermaßen stabil. Das heißt, dass das Instrumentarium, das in unserem Antrag auch sichtbar wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt offensichtlich noch ausreichend ist.

Drittens. Wir können aus der Finanzkrise vor zehn Jahren auch lernen, was wir nicht wollen. Wir wollen keine erdrückenden Maßnahmen für einzelne Volkswirtschaften auf dem europäischen Kontinent innerhalb der Europäischen Union. Das beste Beispiel ist Italien selbst. In Italien gab es 2011 infolge von entsprechenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank eine drastische Kürzungswelle. Die Europäische Zentralbank sagte nämlich: Ihr kriegt entsprechende Kredite, wir helfen euch. Ihr müsst aber in eurem Gesundheitssystem sparen. – Ergebnis: Seit 2011 ist die Zahl der Krankenhäuser in Italien um 15 % gesunken. Das sind 15 % weniger Krankenhäuser, die dem italienischen Gesundheitssystem momentan fehlen. Im Ergebnis werden italienische Corona-Patienten nicht mehr in Italien selbst, sondern bei uns in Bayern behandelt. Solche erdrückenden Maßnahmen ergeben keinen Sinn.

Letzter Punkt. Bayern profitiert von einem gemeinschaftlichen Handeln. Bayern ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Jedes zweite bayerische Produkt geht in den Export, davon die Hälfte nach Europa. Das heißt, dass es in unserem Interesse liegt, gemeinschaftlich zu handeln und den europäischen Kontinent vor schlimmeren Folgen zu schützen.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU ist gut, ist stark, ist klar: Echte Solidarität statt Vergemeinschaftung von Schulden! – Egal wie die Dinger heißen mögen, Eurobonds, Corona-Bonds, Recovery-Bonds, sind das falsche Instrument! Sie heilen nicht, sie betäuben. Sie wirken wie eine Droge, machen abhängig und verschlimmern die Situation. Deshalb sagen wir als FREIE WÄHLER weiterhin Nein zur Vergemeinschaftung von Schulden in Europa.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, dass alle unserer koalitionären Kollegen in Brüssel alles tun werden, um Eurobonds weiterhin zu verhindern, allen voran Manfred Weber als Vorsitzender der EVP-Fraktion und Markus Ferber als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments. Wir brauchen sie als starke Partner, als Stimme der Bayern in Brüssel.

Wir wollen helfen, wir halten zusammen – das ist klar. Ich begrüße deshalb ausdrücklich das Ergebnis des gestrigen Gipfeltreffens. Dieses Ergebnis ging weiter, als es viele erwartet hatten: Ja, Europa schaut nach vorne. Es geht gemeinsam einen konsequenten, ich würde sagen: es geht einen bayerischen Weg.